

Projektteam & Ansprechpersonen

ifok GmbH (Projektleitung)

Julia Hoffmann
julia.hoffmann@ifok

Huy Tran-Karcher
huy.tran-karcher@ifok

Das Progressive Zentrum

Johanna Siebert
johanna.siebert@progressives-zentrum.org

Paulina Fröhlich
paulina.froehlich@progressives-zentrum.org

Öko-Institut

Martin Gsell
m.gsell@oeko.de

Dirk Arne Heyen
d.heyen@oeko.de

Impressum

Herausgeber:
Umweltbundesamt
Fachgebiet I 1.1
Postfach 14 06
06813 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
buergerservice@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de
 /umweltbundesamt
 /umweltbundesamt
 /umweltbundesamt

Autor:
Huy Tran-Karcher, ifok GmbH

Redaktion:
Dr. Alexandra Lindenthal

Publikationen als pdf:
www.umweltbundesamt.de/publikationen

Bildquellen:
Cover – „Fake wird zu Fakt gemacht“:
[fotogestoeber.de/istockphoto.com](https://www.fotogestoeber.de/istockphoto.com)
Innenseite links unten – "Menschen in der Kuppel des Bundestags bei Sonnenuntergang": [Christian Lue/Unsplash.com](https://www.christianlue.com/unsplash.com)
Innenseite mittig – „Vier junge Menschen benutzen ihr Smartphone“: [FilippoBacci/istockphoto.com](https://www.filippoBacci.com/istockphoto.com)
Innenseite rechts unten - "Junge Frau hält Protestschild gegen Klimawandelleugner*innen": [Markus Spiske/Unsplash.com](https://www.markusspiske.com/unsplash.com)

Stand: April 2024



Umweltpolitik und die populistische Herausforderung

FKZ 3722 11 103 0

Für Mensch & Umwelt

Umwelt
Bundesamt

Warum gibt es das Projekt?

Unsere Gesellschaft steht vor einem enormen und wachsenden Transformationsbedarf. Es gibt eine Vielzahl globaler ökologischer Krisen wie die Klimakrise, das Artensterben oder die Erosion fruchtbarer Böden. Der erforderliche Wandel – vor allem in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Ernährung, Arbeit und Freizeit – greift tief in wirtschaftliche Strukturen und das alltägliche Leben ein. Damit sind Verunsicherung, Ängste und Konflikte verbunden, die von Gegenspieler*innen der ökologischen Wende genutzt werden können. Deutschland steht somit vor der großen Herausforderung eines notwendigen Wandels, in dem mögliche Zielkonflikte (wie z.B. zwischen Energiewende und Umweltschutz) durch populistische und antidemokratische Strömungen mobilisiert werden, um umwelt- und klimapolitische Bestrebungen abzuwerten.

Dabei besteht jedoch Unklarheit, was mit „Populismus“ im Zusammenspiel mit verwandten Begriffen wie antidemokratisch, extremistisch oder anti-pluralistisch gemeint ist. In wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Debatten ist „Populismus“ ein weit verbreiteter Begriff, der oft unscharf definiert ist.

Dies führt zur Notwendigkeit, sich der Beobachtung von Delegitimierungsversuchen in Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik wissenschaftlich sowie handlungsorientiert zu nähern und sich daraus ergebende Handlungsbedarfe zu identifizieren. An dieser Stelle setzt das Projekt „Umweltpolitik und die populistische Herausforderung“ an, in dem ein Verständnis populistischer und ähnlicher Phänomene herausgearbeitet werden soll.



Menschen in der Kuppel des Bundestags bei Sonnenuntergang

Unser Vorhaben – eine Strategie entwickeln

Das Vorhaben (2022-2025) soll praxistaugliche, wissenschaftliche Beratung leisten, wie Umwelt- und Klimapolitik auf sogenannte populistische oder ähnliche Einflussnahmen seitens unterschiedlicher Akteur*innen effektiv reagieren kann. Hauptziel des Vorhabens ist die Entwicklung einer Strategie zur Stärkung der Umweltpolitik gegen diese Herausforderungen. Dabei soll auch Klarheit in die Debatte und ihre Begriffe gebracht werden. Wichtig ist zunächst die Identifizierung der unterschiedlichen Akteur*innen, welche die Umwelt- und Klimapolitik herausfordern und der Mittel, derer sie sich bedienen. Politik und Zivilgesellschaft sollen anschließend befähigt werden, passgenau auf die jeweiligen Gruppen und ihre Aktionen zu reagieren.



Vier junge Menschen benutzen ihr Smartphone

Die Risiken populistischer und antidemokratischer Herausforderungen gelten für die Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik im Speziellen und die Demokratie insgesamt. Dabei betreffen sie staatliche wie zivilgesellschaftliche Akteur*innen. In verschiedenen Werkstätten und Workshops erarbeiten betroffene Interessengruppen gemeinsam Handlungsbedarfe und -möglichkeiten, Perspektiven und Ziele der Strategie heraus. Die Aktivitäten unterschiedlicher Akteur*innen zum Erreichen gemeinsamer Ziele werden koordiniert und an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst.

Themen und Inhalte

1. Klärung der Begrifflichkeiten sowie Bestandsaufnahme populistischer und antidemokratischer Einflussnahme- und Delegitimierungsversuchen in der Umweltpolitik.
2. Herausarbeitung der Bedeutung von Krisen und Konflikten für den Erfolg von Interventionen und Strategien, die auf eine Delegitimierung von Umwelt- und Klimapolitik abzielen.
3. Strategieentwicklung zur Stärkung der Umweltpolitik.
4. Befähigung von Akteur*innen in politisch-administrativen Organisationen gegen Aktivitäten von populistischer bzw. antidemokratischer Seite vorzugehen.
5. Einbindung von Unterstützenden der Umwelt- und Klimapolitik sowie Initiativen mit Erfahrungen im Umgang mit populistischen und antidemokratischen Strömungen zur gemeinsamen Stärkung der Umweltpolitik.
6. Entwicklung eines Informationsangebots, das umweltpolitische Akteur*innen langfristig unterstützt, populistischer und antidemokratischer Einflussnahme entgegenzutreten.
7. Evaluation des Gesamtprozesses der Strategieentwicklung.



Junge Frau hält Protestschild gegen Klimawandelleugner*innen